INTERVIEW

Ausdrücklich begrüßt er natürlich die Wiedervereinigung. Am 3. Oktober 1990 jubelt Schwarz, vehementer Befürworter des Beitritts, dass "die deutsche Geschichte als Geschichte der Bundesrepublik" weitergehe und das "Ende der Identitätsneurose" erreicht sei. Skeptisch betrachten die Bonner Kreise die Bürgerrechtler der DDR, deren selbstgestrickte, zumeist im Pfarrhaus kultivierte Kulturträgerschaft und deren politischer Idealismus am Rhein nichts gelten – Schwarz ist da keine Ausnahme.

APOLOGET DER ALTEN BUNDESREPUBLIK

Das Jahrhundert neigt sich seinem Ende zu und es kommt damit auch zu einem Bruch. Fad und nervös erscheint ihm die Diskussion über gesamtdeutsche Identität, falsch das engere europäische Zusammenwirken. Der Zeithistoriker und die Zeitläufe entfremden sich. Ins 21. Jahrhundert tritt Schwarz nicht mehr mit der Offenheit, die ihm zuvor eigen war. Er bleibt ein Apologet der alten Bundesrepublik. Den Euro und die Europäische Union verfechten iene, die zuvor die Zweistaatlichkeit befürwortet hätten – das disqualifiziere das Einigungsprojekt insgesamt. Die Tagespolitik wird ihm suspekt. Demokratie brauche den Nationalstaat. Die globale Entwicklung, die er in seinem vorletzten Buch "Völkerwanderung" nennt, lehnt er vehement ab.

Dennoch ist sein Rückblick frei von Bitterkeit – und lebt von seiner Detailgenauigkeit, Ironie und Formulierungskraft. Kurios ist, dass Hans-Peter Schwarz ungeniert die beachtliche Höhe ihm gebotener Honorare verrät. Misslich indes, dass dem Band ein Namensverzeichnis fehlt, dass er keine Zeittafel enthält und dass auf so einfache redaktionelle Eingriffe wie das Eliminieren von Wortwiederholungen oder altväterlicher Wendungen verzichtet wird. Dass auch mal von "deutsch" die Rede ist, wenn es nur um die Bundesrepublik geht, ist kein leicht verzeihlicher Fehler. Einige allzu eitle Schnörkel hätten mühelos geradegezupft werden können. Und manche politische Entwicklung käme besser heraus, wenn der Text gestrafft worden wäre. "Lex Schwarz" nennt der vielbeschäftigte Lehrstuhlinhaber das Limit von 450 Seiten für eine Habilitationsschrift. Dieses Gesetz hätte auch hier ohne inhaltliche Verluste Anwendung finden können.

Insgesamt bilden diese außergewöhnlichen Lebenserinnerungen – wie von Schwarz nicht anders zu erwarten – das Entstehen der alten Bundesrepublik vorzüglich ab. Seine Zeitzeugenschaft geht über Erleben hinaus: Bewusst hat er sie mitgestaltet und von ihrem Erfolg profitiert.

Implizit macht der Band deutlich, warum so vielen bewundernswürdigen Herren dieser Generation das Verständnis für Entwicklungen und Entscheidungen heute abgeht, warum sie ihrer Störgefühle oder gar ihrer Zukunftsangst im 21. Jahrhundert nicht Herr werden. Den Rückweg in eine imaginierte Welt vermeintlich übersichtlicher Verhältnisse zu wünschen, erscheint nach der Lektüre des Bandes indes noch abwegiger, als es ohnehin ist. Die Generation Merkel sollte dies – ebenso wie alle Nachkommenden – ermutigen, ihrerseits unbeirrt einen eigenen Weg zu gehen – die politischen Väter haben das auch getan und uns Europa vererbt. Die Generation Schwarz hatte ein schlimmeres Vermächtnis zu schultern.

Keine verlässliche Prophylaxe

Über die Erinnerungskultur des Holocaust und die zunehmenden Tendenzen des Antisemitismus in Europa

DEIDRE BERGER

Geboren 1953 in City of St. Louis, Montana (USA), seit 2000 Direktorin des American Jewish Committee (AJC) Berlin/Lawrence and Lee Ramer Institut für Deutsch-Jüdische Beziehungen.

Das American Jewish Committee war nach dem Holocaust die erste jüdische Organisation, die Kontakt mit Deutschland suchte. Können Sie uns erklären, wie das vor dem Hintergrund des Geschehenen möglich war? Deidre Berger: Die damalige AJC-Leitung war der Überzeugung, dass dies – trotz allem, was passiert war – der beste Weg war, um einer Rückkehr zum Faschismus vorzubeugen. Wir wollten einen Beitrag dazu leisten, dass eine stärkere Demokratie entsteht, als es die Weimarer Republik gewesen ist. Bereits seit seiner Gründung 1906 versteht sich das AJC als eine zivilgesellschaftliche Kraft, die das Wohl und die Sicherheit von Juden und Minderheiten schützt, indem sie Brücken



© AJC Berlin / Lawrence and Lee Ramer Institut für Deutsch-Jüdische Beziehungen

baut, den Dialog sucht und so offene und demokratische Gesellschaften fördert.

Welchen Stellenwert hatte und hat der Holocaust für das AJC?

Deidre Berger: Nach dem Holocaust war allzu offensichtlich, dass die Menschenrechte international viel zu schwach verankert waren. So wurde das AJC zu einer treibenden Kraft für die Verabschiedung der Menschenrechtscharta durch die Vereinten Nationen. Uns stand vor Augen, dass Demokratien scheitern, wenn einzelne Gruppen angefeindet werden. Wir Juden sind oft besonders und zuerst betroffen. Aber am Ende trifft es alle Minderheiten. Daher greift es zu kurz, wenn wir uns nur selbst schützen.

Die jüdische Welt und Deutschland haben neue gemeinsame Wege gefunden. Das ändert selbstverständlich nichts daran, dass der Holocaust für uns bis zum heutigen Tag einen unbeschreiblich wichtigen Stellenwert besitzt. Der Holocaust kann und darf nicht vergessen werden; man kann ihn nicht "bewältigen". Vielmehr stehen die jüdische Welt und Deutschland vor der gemeinsamen Aufgabe, die Erinnerung an den Holocaust relevant zu erhalten – was mit Sicht auf die jungen Generationen schwieriger wird, weil wir dabei sind, die Zeitzeugen zu verlieren. Was machen wir, wenn sie fehlen?

Die Erinnerung an den Holocaust hat eine eigene, über siebzigjährige Geschichte, zu der leider auch zahlreiche Versuche seiner Leugnung gehören. Können Sie mit Blick auf die internationale Arbeit sagen, ob die Bereitschaft, Relativierung hinzunehmen, zunimmt oder abnimmt?

Deidre Berger: Es ist nicht leicht, präzise auf solche Fragen zu antworten, weil entsprechende Daten fehlen. Dennoch scheint mir unübersehbar, dass eine Welle von Relativierungen durch Europa und andere Regionen wogt, und zwar mit steigender Tendenz und in einer Qualität, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

Besorgniserregend ist auch, dass diese Woge in einigen Ländern die Regierungsebene erreicht hat. Man versucht, die eigene Geschichte neu zu schreiben und nationale Geschichtsbilder zu entwickeln, die das Positive hervorheben und etwa den Anteil von Antisemitismus in der eigenen Bevölkerung minimieren.

Welche Länder und Regierungen meinen Sie?

Deidre Berger: Dass Polen und Ungarn ihre Curricula in diesem Sinne verändern, beobachten wir mit Sorge, selbst wenn es auch dort durchaus positive Entwicklungen gibt. In Polen wird auf der zivilgesellschaftlichen und der Gedenkstättenebene eine unglaublich gute Arbeit geleistet, um eine Geschichte von Krieg und Holocaust ohne jegliche Abstriche zu erzählen. Dabei ist es richtig, darauf zu achten, dass es "deutsche" Vernichtungslager waren. Trotzdem gab es – nicht in organisierter Form und damit in gänzlich anderer Dimension – auch die Teilnahme einiger Polen an Judenverfolgungen. Man muss alles anschauen und dabei differenzieren.

Welche Rolle spielt eine substanzielle Erinnerungskultur bei Ihrem weltweiten Engagement?

Deidre Berger: Eine solche Erinnerungskultur ist ein Fundament, auf dem die Sicherheit und das Wohl der Juden gründen – in jedem Land der Welt. Wo die Geschichte ausgeblendet wird, lässt es sich als Jude nicht sicher leben, weil die Ressentiments und Stereotypen unter der Oberfläche trotzdem vorhanden sind. Nur wenn man sie offen angeht, lassen sie sich bekämpfen.

In Frankreich ist die 85-jährige Mireille Knoll, eine Holocaust-Überlebende, auf scheußliche Weise ermordet worden, weil sie Jüdin war. Bis dahin durfte man die Hoffnung haben, dass die europäischen Gesellschaften den Holocaust zumindest insoweit "verarbeitet" hätten, dass Derartiges nicht mehr passieren kann.

Deidre Berger: Dazu gäbe es viel zu sagen – vor allem aber, dass die Erinnerungskultur keine verlässliche Prophylaxe gegen Antisemitismus darstellt. So wichtig sie ist: Die Kenntnis über die Shoah allein schaltet Antisemitismus nicht einfach aus. Antisemitismus ist tief verwurzelt und setzt bei der bekannten "jüdischen Weltverschwörung" an, mit der alle Katastrophen und Schwierigkeiten auf einen Schuldigen zurückgeführt werden. Dieses schreckliche Bedürfnis nach einem "Sündenbock" bleibt verführerisch und zeigt sich in immer neuen Formen des Antisemitismus.

In Deutschland und Frankreich ebenso wie in anderen Ländern Europas stammen wachsende Teile der Bevölkerung aus

Herkunftskulturen, die wenig bis keinen Bezug zum Holocaust besitzen. Dabei gibt es vor allem in arabischen Ländern, im Iran und leider auch immer mehr in der Türkei einen extrem starken Antisemitismus. Über die Brücke der sozialen Medien wird er von dort aus in Europa immer wieder angefeuert – bis zu dem Punkt, dass er genozidale Mechanismen freisetzt und Menschen meinen, es wäre völlig normal, andere einfach "auszuradieren". Allein in den letzten zehn Jahren sind beinahe zwanzig Menschen in Europa, die meisten Juden oder solche, die sich an jüdischen Orten befunden haben, gezielt ermordet worden.

In einem früheren Interview führen Sie die Zunahme von Antisemitismus auf die zweite Intifada zurück und sagen, dass sie vor allem aus Teilen der muslimischen Bevölkerung hervorgegangen sei. Nach dieser Aussage könnte man annehmen, dass das Anwachsen populistischer Kräfte in diesem Zusammenhang eine weit geringere Rolle spielte.

Deidre Berger: Das wäre ein folgenschweres Missverständnis. Der Antisemitismus in Teilen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ist nicht das einzige Problem. Es gibt weiterhin einen Antisemitismus, der nie ganz verschwunden war. Leider sind da zuletzt Tabus gebrochen worden, die das offene Klima beschädigen. Man muss also den Gesamtzusammenhang sehen: Die zweite Intifada hat in einem gewissen Spektrum, insbesondere in Teilen der muslimischen Bevölkerung, eine gewalttätige Welle von Antisemitismus ausgelöst. Es gab seitdem Tausende von antisemitischen Gewalttaten in Europa bis hin zu den Morden. Das schnelle Anwachsen populistischer Kräfte in den letzten Jahren ist eine andere Art von Bedrohung. Dieser Antisemitismus agiert verdeckter, zeigt immer offener Sympathien mit der Nazi-Zeit, geht sogar in die Richtung von Holocaust-Verharmlosungen, insinuiert jüdische Machtvorstellungen und wendet sich öfter gegen Beschneidungen und Schächtung – wie Sie wissen, manifestieren sich darin religiöse Vorschriften, ohne deren Befolgung jüdisches Leben unmöglich wird.

Zum Teil nehmen diese Kräfte sogar für sich in Anspruch, sie seien aufseiten der Juden oder Israels, weil sie sich aggressiv gegen Muslime wenden. Gegen diese seltsamen Vereinnahmungen hat sich die ijidische Gemeinde verwahrt und eine starke Gegenposition zum Rechtspopulismus bezogen. Ein weltoffener Patriotismus ist eine gute Sache! Aber Nationalismus auf Kosten anderer sowie die Unfähigkeit, mit den dunklen Seiten der eigenen Geschichte umzugehen, schaffen eine Atmosphäre, in der es der jüdischen Bevölkerung weit schwerer fällt, beruhigt zu leben. Alle Umfragen bestätigen, dass die Vorstellung, Europa zu verlassen, erstaunlich hoch ist.

Welche Wirkung hat es aus Ihrer auch internationalen Sicht, wenn eine Führungsfigur einer im Deutschen Bundestag vertretenen Partei die Nazi-Herrschaft als "Vogelschiss" bezeichnet?

Deidre Berger: Es ist eine ebenso beschämende wie extrem beruhigende Äußerung, bodenlos und frech in der Verharmlosung. Dabei läuft das Vorgehen nach bekanntem Muster ab. Nachher sagt man: "Es war nicht so gemeint!" Aber dann

sinkt der Hemmschwelle, und es kommt wieder und wieder ...

Wenn ein deutscher Politiker an prominenter Stelle im Bundestag den Holocaust verharmlost, wird das sofort global wahrgenommen und führt nicht nur in der jüdischen Welt zu der Frage, ob Deutschland auf seinem demokratischen Kurs bleibt. Es schadet dem Ansehen des Landes enorm, was ungerecht ist, weil sich Deutschland – beispielsweise, was den Umgang mit seiner Geschichte betrifft – öfter vorbildlich verhalten hat.

Der jüdische Zentralrat in Frankreich hat die Teilnahme von Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon am Trauermarsch für Mireille Knoll für unerwünscht erklärt. Als "ideologische Brandstifter" des Antisemitismus beschimpft, mussten sie den Umzug verlassen. Aus deutscher Perspektive verwundert diese Art "Gleichsetzung". Wie ist Ihre Haltung dazu?

Deidre Berger: Man könnte darin eine Gleichsetzung sehen, das war aber wohl nicht im Sinne einer Botschaft gemeint – selbst wenn beide Politiker zu extremen Lagern gehören, die mit antisemitischen Stereotypen spielen. Im Mittelpunkt stand eher die Absicht, zu verhindern, dass diese Gruppierungen den Anlass der Trauerfeier für ihre Interessen ausnutzen.

Der einstige Front National hat, angefangen mit seinem Gründer Jean-Marie Le Pen, eine klar antisemitische Grundströmung. Jean-Luc Mélenchon hat sich zuletzt relativierend geäußert, indem er sagte, dass sich die Franzosen wegen des Holocaust überhaupt nichts vorzuwerfen hätten. Leider speist sich ein wachsender Teil des neuen Antisemitismus aus linken

Quellen, wie etwa die diffamierende Kritik an Israel zeigt. Sogenannte Globalisierungsgegner hantieren nicht selten mit dem antisemitischen Stereotyp einer jüdischen Weltverschwörung. Hier treffen sich das rechte und linke Lager.

Israel feiert das siebzigjährige Jubiläum seiner Staatsgründung. Doch ein Frieden oder nur ein Ausgleich mit den Palästinensern scheint weiter entfernt als je zuvor. Ist da die – auch zu Recht begrifflich umstrittene – "Israelkritik" nicht doch verständlich?

Deidre Berger: Siebzig Jahre Israel ist eine riesige Leistung! Ein kleines Land, eine florierende Demokratie mit einer Lebendigkeit, die man sich in einigen europäischen Ländern vielleicht wünschen würde; geprägt von einer extrem regen Zivilgesellschaft mit freier Presse und einem unabhängigen Obersten Gericht. Es gibt eine frei gewählte Regierung und alle Kontroll- und Korrekturmechanismen einer Demokratie.

Selbst die Beziehungen zu seinen Nachbarländern haben eine erstaunliche Entwicklung genommen: Nicht nur hat Israel Friedensverträge mit Ägypten und Iordanien schließen können; hinzu kommt in den letzten Jahren ein viel engerer Austausch mit Ländern aus der Region wie etwa Saudi-Arabien und den Emiraten, auch mit Griechenland und Zypern. Weiterhin gibt es fraglos viele Spannungen, trotzdem existiert ein Niveau an Austausch und Zusammenarbeit, das früher kaum vorstellbar war. Daher hat sich die Lage, ein Abkommen mit den Palästinensern zu erreichen, auf internationaler Ebene möglicherweise sogar verbessert.

Gleichwohl steht es jedem frei, die Politik eines Landes zu kritisieren, aber die Floskel "Israelkritik" drückt aus, wie obsessiv, reflexhaft und einseitig Kritik an Israel allzu oft geübt wird: Pro Jahr betrifft ein Drittel aller Resolutionen des Menschenrechtsrates in Genf den Staat Israel - und das in einer Welt, in der es Dutzende Länder gibt, in denen Zehntausende Menschen brutal von ihren Regierungen unterdrückt werden.

Im Gazastreifen werden die Menschen von der Hamas als Schutzschilde missbraucht und von jeglichen wirtschaftlichen Perspektiven abgeschnitten. Seit Jahrzehnten fließt enorm viel Entwicklungshilfe in die palästinensischen Gebiete; trotzdem sind die Menschen sehr arm. Zwar ist die Lage in der Westbank besser, doch bleibt die politische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten unklar. Es ist wichtig, die demokratischen Kräfte dort zu unterstützen. Aber Gaza ist mit und ohne Hamas ein schwieriges Problem, weil es dort andere, noch radikalere Kräfte gibt. Allein daran lässt sich erkennen, wie schwierig es für Israel ist, überhaupt nur an einen möglichen Partner für ein Abkommen zu denken.

Der ehemalige Pink Floyd-Musiker Roger Waters hat im Juni bei einem Deutschland-Konzert eine wütende Rede auf Israel gehalten. Wie ordnen Sie das ein?

Deidre Berger: Ich ordne es in eine Reihe sehr beunruhigender Aktivitäten ein, die nicht nur darin bestehen, Israel von der Bühne herab zu kritisieren, sondern die vor allem darauf zielen, Israel zu stigmatisieren, zu boykottieren und zu isolieren. So hat sich Roger Waters mit seinem Wut-

Die Politische Meinung

ausbruch für die weltweite Kampagne "BDS" stark gemacht, die Künstler, Wissenschaftler, Sportler, aber auch Politiker und Unternehmen unter Druck setzt, Auftritte, Investitionen oder Kooperation in und mit Bezug zu Israel abzusagen oder zu beenden. Im August 2017 gab es einen Boykottaufruf für ein Musikfestival in der Berliner Kulturbrauerei, weil es zu einem geringen Teil von der israelischen Botschaft gesponsert war. Und tatsächlich haben sich einige Künstler zurückgezogen. Das Gleiche passiert in noch größerem Umfang in diesem Jahr. Umgekehrt ist in Spanien ein amerikanisch-jüdischer Künstler von einer Veranstaltung ausgeschlossen worden, weil er seine israelkritische Haltung nicht schriftlich garantieren wollte.

Gerade die Musikbranche ist ein prekäres Feld, weil sie eine hohe Anzahl von jungen Menschen beeinflusst. Die Querelen um die inzwischen abgeschafften ECHO-Preise zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Die Rapper-Szene ist insgesamt sehr anti-israelisch und antisemitistisch eingestellt, und das vermittelt sich über Lieder und Videos millionenfach.

Das alles sind globale Trends von Antisemitismus, die sich rapide über das Netz verbreiten. Umso wichtiger wird die Bekämpfung des Antisemitismus im Internet und den Sozialen Medien. Deutschland hat erste Schritte unternommen, um dort gegen die Verbreitung von Hass vorzugehen. Aber es ist wirklich erst ein Anfang. Den Kampf gegen Antisemitismus müssen wir auf allen Ebenen führen, von dem politischen Bereich bis hin zu unserem Alltag. Jede Stimme zählt in diesem Kampf.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 7. Juni 2018.

Tragisch verbunden

Deutsche Erinnerung aus israelischer Perspektive

SHLOMO AVINERI

Geboren 1933 in Polen, Politologe, Historiker. Professor an der Hebräischen Universität von Jerusalem.

Als der erste Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Rolf Pauls, 1965 ankam, gab es Demonstrationen – schon der Gedanke an diplomatische Beziehungen zwi-

schen dem jüdischen Staat und Deutschland war vielen zuwider. Selbst die Bereitschaft Deutschlands, Reparationen an Israel zu leisten, konnte ein grundsätzliches Unbehagen über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den beiden Völkern nicht überwinden. Jahrelang waren israelische Reisepässe mit dem Hinweis versehen, für Reisen nach Deutschland keine Gültigkeit zu besitzen; selbst als diese Einschränkung aufgehoben wurde, mieden viele Israelis noch immer Deutschland oder den Kauf deutscher Waren. Dass Pauls ein Offizier der Wehrmacht gewesen war, der an der Ostfront gedient hatte, verschärfte die Ambivalenz der Beziehung. Auch die Tatsache, dass Bonn viele Jahre lang aus Sorge um mögliche negative Reaktionen der arabischen Staaten gezögert hatte, formale Beziehungen zu Israel aufzu-